



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

† †: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

abtheilung haben, kann es doch sein, daß hin und wieder in unsern Angaben über Thatsachen ein kleiner Irrthum unterläuft. Auf das Wesen der Sache kann dieser mögliche Irrthum keinen Einfluß haben. Wir bemerken es aber ausdrücklich, weil wir aus Erfahrung wissen, daß Leute, denen unsere Entwicklungen wegen der Resultate, zu denen sie führen, nicht behagen, dergleichen kleine Irrthümer gern anfassen, um damit, — ihrer Meinung nach — unser ganzes Raisonnement über den Haufen zu werfen. Für jede Berichtigung werden wir aufrichtig dankbar sein. Im Uebrigen geht unser ganzes Streben dahin, wichtige Fragen deutscher militärischer Organisation möglichst klar vor ein größeres Publicum zu bringen und der Discussion andere Standpunkte als die alten — oder neuen breitgetretenen anzuweisen; Standpunkte nämlich, von denen aus man wirklich etwas sehen kann. —

W. Rüstow.

### Von der preußischen Grenze.

Für die Frage, welche Stellung Preußen nach Abschluß des Friedens von Villafranca in Deutschland und unter den Großmächten einzunehmen habe, scheint es unerheblich, auf sein Verhalten während des Krieges einzugehen. Da aber die Verhältnisse sich im Ganzen weniger geändert haben, als man annimmt, und da ein Urtheil über das, was Preußen gethan, stillschweigend immer eine Forderung, was Preußen thun soll, in sich schließt, so ist auch der Zukunft wegen eine solche Untersuchung nicht zu umgehen.

Daß Preußen nicht bloß im höchsten Grade ehrlich gegen seine Bundesgenossen, sondern auch zusammenhängend und folgerichtig gehandelt, daß es vom Anfang bis zu Ende des Streites genau denselben Standpunkt festgehalten und die Durchführung desselben Schritt für Schritt mit den entsprechenden Mitteln angebahnt habe: — darüber kann nach Veröffentlichung der Actenstücke kein Unbefangener mehr in Zweifel sein.

Preußens Standpunkt war durch folgende Grundsätze ausgedrückt. 1) Es ist Preußens Bundespflicht, jeden Angriff auf deutsches Bundesgebiet mit seinen gesammten Streitkräften abzuwehren. 2) Zwar ist es nicht seine Bundespflicht, für die österreichischen Besetzungen in Italien einzutreten, es ist aber seine Pflicht, als europäische Großmacht nach Kräften jede willkürliche Veränderung des durch die wiener Verträge festgestellten Territorialbesitzes nach Kräften zu hintertreiben. 3) Wenn man den Besitzstand nicht anfechten will, so qualificirt sich die italienische Frage vollkommen für einen europäischen Congreß. Und insofern die österreichischen Specialverträge mit den italienischen

Fürsten eine gesunde Entwicklung Italiens unmöglich machen, ist die von Frankreich und Sardinien gestellte Forderung einer Revision dieser Verträge gerechtfertigt und die österreichische Kriegserklärung an Sardinien wenigstens formal (da vorläufig nur von einer Revision jener Verträge die Rede war) ein Unrecht. 4) Sowol seine Bundespflicht zu erfüllen für den Fall eines Angriffs auf die deutsche Bundesgrenze, als Oestreich zur Aufrechthaltung seines Länderbesitzes in Italien Hilfe zu leisten, ist es nöthig, daß, bevor Preußen in Action tritt, mit den übrigen deutschen Staaten die Art der Kriegführung vereinbart wird. Diese Vereinbarung ist um so nothwendiger, da die Bundeskriegsverfassung für einen ernstern Krieg nicht ausreicht und da Oestreich in diesem Augenblick, als bereits Krieg führende Macht, eine andere Stellung einnimmt als Preußen und das übrige Deutschland. Um daher die Punkte 1 und 2 wirksam durchzuführen, muß vorher für den Lauf des Krieges die militärische und diplomatische Leitung des außerösterreichischen Bundeslandes an Preußen übertragen werden.

Dieser Standpunkt scheint an sich sehr logisch, und die Actenstücke zeigen uns, daß Preußen ihn von vornherein gegen Oestreich, gegen die übrigen Bundesstaaten, ja so weit es diese anging, auch gegen England und Rußland offen ausgesprochen hat.

Trotzdem wird auch der eifrigste Freund Preußens nicht leugnen können, daß, wie schon der Erfolg lehrt, in dieser Rechnung etwas nicht stimmt. Und bei näherm Zusehn sind die Momente, welche Preußen außer Rechnung gelassen hat, nicht schwer zu finden.

Um in einem großen Kriege, ohne doch neutral zu bleiben, eine gewissermaßen unabhängige Stellung zu behaupten, muß man entweder an Macht den Krieg führenden Parteien überlegen sein, oder sich bei den vorläufig nicht beteiligten Staaten eines Credits erfreun, der diese physische Uebermacht ergänzt. Wenn Belgien und Holland Krieg führen, so kann Frankreich allerdings eine ähnliche Rolle spielen, wie sie Preußen sich in diesem Fall ungefähr vorgestellt hat. Eine solche Rolle verlangt, daß man nöthigenfalls allein oder mit seinen Verbündeten beiden Krieg führenden Mächten gewachsen sei. Für einen Staat, der an sich schwächer ist als jede der beiden Krieg führenden Mächte, bleibt unsers Erachtens keine Wahl, als entweder sich mit der einen derselben zu verbinden, oder wenn das unter annehmbaren Bedingungen nicht möglich ist, neutral zu bleiben. Eine bewaffnete Intervention ist ein stolzes klingendes Wort, sie führt aber die Gefahr mit sich, von beiden Theilen zugleich angegriffen zu werden.

Es ist meistens so aufgefaßt worden, als ob der Frieden von Villafranca für Preußen eine Niederlage gewesen sei. So weit wir die Sache übersehen können, hat er Preußen vielmehr aus einer großen Verlegenheit befreit. Preußen

hatte an Oestreich die Forderung gestellt, die Specialverträge aufzugeben: diese Forderung wurde durch den Fürsten Windischgrätz zurückgewiesen. Preußen verlangte den Oberbefehl, nicht über die Bundesarmee in den Formen der Bundesverfassung, sondern über die nichtösterreichischen Bundescontingente: dies Verlangen wurde durch den letzten Antrag Oestreichs, den Prinzen von Preußen zum Bundesfeldherrn zu ernennen, paralytirt. Wäre also der Frieden nicht geschlossen worden, so wäre Preußen, das sich bereits auf dem Landtag gegen Frankreich ausgesprochen und dann seine Armee mobilisirt hatte, wahrscheinlich genöthigt gewesen, auch auf die Bedingungen seiner Gegner hin einen Krieg zu unternehmen, der im eignen Lande höchst unpopulär war, und wofür man ihm von keiner Seite würde gedankt haben. Daß dieser Ausgang vermieden ist, gereicht uns zur besondern Genugthuung.

Folgende Grundsätze scheinen uns in der Politik unwiderleglich. Will man ausschließlich seinen Vortheil im Auge halten, so kann das Geheimniß unter Umständen nützlich sein; will man dagegen ganz ehrlich und pflichtgetreu verfahren, so kann man nicht offen genug zu Werke gehn. Denn im Stillen zweifelt doch jeder daran, daß ein Staatsmann bei gesunden Sinnen bloß nach dem Katechismus und dem kategorischen Imperativ verfahren wird; man setzt also bei dem, der schweigt, einen geheimen Hintergedanken voraus. Und in diesem Fall war es doppelt nöthig, daß Preußen seine Ehrlichkeit aller Welt so handgreiflich vor Augen stellte, daß auch der Ungläubigste nicht daran zweifeln konnte.

Es ist in ganz Europa keinem Menschen unbekannt, daß Preußens geographische Lage, wie sie durch die wiener Verträge geschaffen ist, als erste Lebensbedingung seines wirklichen Fortschritts die Nothwendigkeit auflegt, sich zu arrondiren; wenn nicht in der beliebten Form des vorigen Jahrhunderts, durch Ländertausch, so wenigstens durch Separatbündnisse, die mehr oder weniger den Anstrich der Mediatisirung haben. Jedermann setzt voraus, daß Preußen die Absicht haben muß, jede Krisis, die seinem mächtigen Nachbar die Hände bindet, zu diesem Zweck zu benutzen. Das Mißtrauen ist durch die Lage der Sache vollkommen gerechtfertigt. Wenn Preußen also die Absicht nicht hat, auf diesem Wege vorwärtszugehn (und es hatte in der That die entschiedene Absicht, es nicht zu thun), so muß es, man lasse uns den Ausdruck hingehn, mit allen Glocken läuten. Statt dessen hat es in einigen der wichtigsten Zeitmomente, z. B. gleich nach der Mobilisirung, ein so räthselhaftes Stillschweigen bewahrt, daß auch seinen Freunden nicht klar wurde, was es eigentlich wollte.

Warum haben denn die kleinen deutschen Regierungen von Anfang an so laut in die Kriegsfanfane gestoßen? Patriotismus, Liebe zu Oestreich u. s. w., das alles hat wol auch seine Rolle gespielt; aber nicht das kleinste Motiv

war die Besorgniß, daß Preußen, wenn es nicht von vornherein gegen Frankreich engagirt sei, in Deutschland im Trüben fischen könne. Diese Besorgniß zu zerstreuen, mußte für Preußen bei der Politik, die es sich gewählt, die Hauptaufgabe sein — wobei wir die Frage ganz außer Acht lassen, ob diese Wahl die richtige war. Auch Preußens Freunde können nicht leugnen, daß es diese Aufgabe nicht im hinlänglichen Maß erfüllt hat.

Es kamen noch andere erschwerende Umstände dazu, die wir hier noch flüchtig berühren: die feste Ueberzeugung Oestreichs, Preußen thue nichts weiter als seine Schuldigkeit, wenn es ihm Heerfolge leiste; das blinde Kriegsgeschrei der süddeutschen Blätter, das denn doch weiter drang als man vermuthen sollte; dagegen die Abneigung der liberalen Partei, Preußen wieder in ein untergeordnetes Verhältniß gegen Oestreich eintreten zu sehn, eine Abneigung, die sich in den liberalen Blättern laut aussprach und für die man irrigerweise das preußische Ministerium verantwortlich machte und ähnliches.

Wir lassen die Vergangenheit bei Seite und sehen, was uns die nächsten Tage bringen. Die reactionären Blätter stellen die Sache so dar, als sei Preußen durch den Frieden von Villafranca dem deutschen Volk entfremdet, unter den Mächten völlig isolirt und dazu bestimmt, zunächst von Napoleon geschlachtet zu werden. Es ist charakteristisch für diese Blätter, daß sie sich diese Aussicht sehr behaglich ausmalen und sich schadenfroh die Hände reiben; zum Schluß kommen sie aber freilich meistens darauf zurück, daß Oestreich denn doch am Ende Gnade für Recht ergeben lassen und sich des Verurtheilten und Halbtodten erbarmen werde. Am frechsten spricht das eine hannoversche Flugschrift aus, die man dem Professor Pernice zuschreibt; am consequentesten die Leipziger Zeitung.

Es wäre doch ein Rechnungsfehler möglich; es wäre doch möglich, daß Oestreich seine wahren Gesinnungen zu früh enthüllt hätte. Daß England und Rußland jetzt auf das eifrigste eine preußische Allianz suchen, ist bekannt; hat man aber die vermeintlichen Absichten Napoleons nicht allzu schnell sich nach dem, was man wünschte, construiert? Daß bei dem Frieden seine Absicht war, Oestreich von Preußen zu trennen, ist ebenso sicher, als daß er diese Absicht erreicht hat; Oestreich hat Preußen beleidigt und für diese Beleidigung die Satisfaction verweigert. Ueber wen bringt diese Trennung Gefahr? — Noch ist der Friede nicht geschlossen; noch steht Sardinien in Waffen, die Italiener rüsten und organisiren sich; die italienische Freiheit ist in Paris populär; die allgemeine Amnestie deutet auf eine neue politische Wendung; bei einer Erneuerung des Bundes mit Sardinien wäre Frankreich der moralischen Unterstützung Englands und Rußlands gewiß; wie wäre es, wenn die Absicht des Kaisers grade dahin gegangen wäre, auch Preußen herüberzuziehen, indem es ihm den „natürlichsten Bundesgenossen“ demaskirte?

Wer wollte ihn berechnen! Aber ein möglicher Fall ist es doch, und so konnten jene Blätter mit ihren niederträchtigen Verleumdungen Preußens eine ganz andere Wirkung haben als die beabsichtigte.

In einem Punkt haben sie sich offenbar verrechnet. In der öffentlichen Meinung Deutschlands ist ein merkwürdiger Umschwung eingetreten, und zwar zu Gunsten Preußens. Wir überschätzen die eisenacher Versammlung, die hannoversche Adresse u. s. w. ebenso wenig, als die frühern Kundgebungen im Sinn der Allgemeinen Zeitung; aber ein Symptom sind sie jedenfalls. Noch ist man im Unklaren, was man eigentlich fordern soll, noch spukt immer der verworrene Traum einer Volksvertretung am Bundestag in den Köpfen, trotz der bitteren Nachwirkung dieses Traumes von 1848; aber der Instinct des Volkes hat doch eine feste Richtung gewonnen: es sei für die Sache der Freiheit und des nationalen Fortschritts alles von Preußen und nichts von Oestreich zu erwarten. Und diese Stimmung wird sich mehr und mehr befestigen und endlich auch die angemessene politische Formel finden.

† †

### Die päpstliche Armee.

Wir entnehmen der soeben erschienenen Schrift „Rom und Pius der Neunte von Theodor Mundt“ (Berlin, 1859, Verlag von Otto Janke), in der sich mancherlei Neues und Interessantes über die Zustände in Rom, namentlich über die römische Aristokratie und die französischen Occupationstruppen und ihren Führer, General Goyon, findet, die nachfolgenden Notizen über das Heer des Papstes. Zu bemerken ist, daß der Verfasser dieselben im Sommer 1858 sammelte, und seitdem wird sich nichts Wesentliches geändert haben.

„Die Franzosen hatten sich während ihrer zehnjährigen Occupation Roms mehrfach bemüht gezeigt, dem Papst eine eigne nationale Streitmacht zu schaffen, und den Kirchenstaat scheinbar aus seinen selbstständigen Mitteln militärisch zu organisiren.

Aber so viel sich der französische General auch damit bemühte, indem er die Exercitien der päpstlichen Truppen persönlich leitete, und auf die Verbesserung ihrer Kleidung, ihrer Disciplin und ihres Geistes die größte Aufmerksamkeit verwandte, so schien es doch nicht möglich, selbst in dieser Schule aus einem gänzlich zerlassenen und demoralisirten Gesindel Soldaten zu machen. Die Soldaten des Papstes sind einer militärischen Organisation ebenso wenig fähig, als es die vielberühmten Stadtsoldaten der frühern deutschen Reichsstädte gewesen, und wie es überhaupt in dem eigentlichen Leben des heutigen Rom, ungeachtet der Weltherrlichkeit seiner Paläste und Ruinen, ungemein viel Krähwinkel gibt, so braucht man nur römische Soldaten marschiren und exerciren zu sehen, um den grotesken Anblick einer durchaus spießbürgerlichen Soldateska zu haben.

Der Mangel an Mannszucht wird aber vornehmlich dadurch verschuldet und unterhalten, daß es diesen Truppen ganz und gar an tüchtigen und treuen Offizieren fehlt, durch welche allein eine militärische Organisation in einem bestimmten Geist erhalten werden kann. Die Offiziere erscheinen hier als wunderliche Zwittergeschöpfe, die weder den Ausdruck einer militärischen Standes-